



Keupers

kritischer

Kommentar

06-2020

Juni 2020

Wirtschaftlicher Aufstieg nach Corona?

„Die SPD will die Chancen der Corona-Krise für eine Transformation der Gesellschaft nutzen“, so der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Lothar Binding in einem Artikel auf www.vorwaerts.de am 02. Juni. Vor dem Koalitionsgipfel zum geplanten Konjunkturprogramm aus der Corona-Krise heraus beschreibt er seine Vorstellungen für eine notwendige Transformation der Gesellschaft, der wirtschaftlichen Strukturen, mit dem Ziel: weniger Armut, mehr Klimaschutz. „Wir Sozialdemokraten wollen eine sozial-ökologische Zukunft gestalten, wir wollen die Armut in unserem reichen Land überwinden, wir wollen faire und gerechte Löhne, faire Arbeitsbedingungen, wir wollen den Schutz von Klima, Umwelt und Natur durch den Ausbau einer CO₂-freien Energieversorgung und den Ausbau einer zukunftsfähigen Infrastruktur.“ so die Aussage in seiner Meinungsäußerung.

In der Krise durch die Pandemie, durch den angeordneten Shutdown, so die weiteren Argumentationen von Lothar Binding in seinem Artikel, war die Absicherung von abhängig Beschäftigten durch das bewährte Modell der Kurzarbeit eine wichtige Maßnahme. Aber auch die Rettung von Unternehmen vor Insolvenzen durch die partiell angeordnete Nichtproduktion ist eine notwendige Voraussetzung um dauerhafte Folgeschäden zu verhindern. Diese Phase des notwendigen Eingriffs in die gesellschaftlichen, in die ökonomischen Strukturen, wurden mit Zuschüssen an kleinere Unternehmen, an Soloselbstständige, an notgedrungen inaktive Kunsttreibende, aber auch mit Krediten an größere Unternehmen, sowie einer Lohnkostenentlastung der betroffenen Betriebe durch eben der Gewährung des Kurzarbeitergeldes für ihre unterbeschäftigten Mitarbeiter meist verlässlich gemeistert. „In dieser konjunkturellen Ausnahmesituation konnten sich die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen mit ihren Unternehmen in größter Not auf die Gemeinschaft, auf unseren Staat verlassen“, so der SPD-Finanzexperte Lothar Binding.

Er schreibt dann weiter, dass nach dem Abklingen der Corona-Pandemie, nach dem Ausklingen des angeordneten Shutdowns, in der Wiederanlaufphase der Wirtschaft, die Konjunktur wiederbelebende Elemente notwendig sind, um die Unternehmenslandschaft wieder zu aktivieren und um entsprechende Wachstumsimpulse zu setzen. Das bedeutet, dass wir die Binnennachfrage stärken müssen, aber ebenso die internationale Nachfrage zur Sicherung des Exports. „Deshalb erlangen einerseits die großen Hilfeprogramme zur Stärkung von Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland, andererseits die Hilfeprogramme der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank und des europäischen Stabilitätsmechanismus große Bedeutung“, denn gerade die Exporterfolge waren eine der Grundlagen unseres langjährigen Wirtschaftswachstums.

Vornehmliche Förderung des Konsums würde nicht ausreichen.

Doch vornehmlich hauptsächlich die Binnennachfrage zu stärken, in dem man kurzfristig die Mehrwertsteuer geringfügig senkt oder auch die Verringerung der EEG-Umlage und der Stromsteuer, sowie einen einmaligen Kinderbonus von 300 Euro pro Kind, ja, selbst die Erhöhung der Kaufprämie für E-Autos um 3.000 Euro, wird letztendlich nicht dafür sorgen, dass die Rezession der Wirtschaft in der wir uns befinden überwunden wird. Deshalb gilt es auch die Investitionskraft der Kommunen, der Städte und Gemeinden zu stärken. Mehr als 60% aller ausgeführten Investitionen im Lande werden durch diese getätigt. Deshalb werden die Kommunen, die durch die Krise erhebliche Gewerbesteuerausfälle befürchten müssen, durch Maßnahmen des Bundes und der Länder unterstützt, in dem, neben Entlastungen im fürsorglichen sozialen Bereich, diese Steuerausfälle übernommen werden.

Auch weitere Fördergelder für Entwicklungen in die Wasserstofftechnologie, in die Weiterentwicklung der E-Mobilität bzw. für den Fortschritt in der Digitalisierung und so weiter, und so weiter, werden allein nicht den nötigen erforderlichen Durchbruch im Ökonomischen herbeiführen. Denn wir sollten im Hinterkopf haben, dass unsere Gewinne beim Exporthandel das Fundament unseres langjährigen Wirtschaftswachstums waren, wobei die Automobilbranche, der Maschinenbau, aber auch die Chemische Industrie die Hauptakteure und Antreiber des Erfolges gewesen sind. Doch gerade diese Branchen fühlen sich beim sogenannten „Konjunkturpaket“ der Bundesregierung nicht besonders gefördert, was zu entsprechenden Kontrarreaktionen der Gewerkschaften führte, die sich hinsichtlich zukunftssicherer Arbeitsplätze in den betroffenen Betrieben sorgen.

Ja, es gibt auch schon diverse Expertenmeinungen, die wegen ausbleibender Wiedererstarkung des Wirtschaftswachstums, immer noch hohen Zahlen in der Arbeitslosigkeit und in der Kurzarbeit davon ausgehen, dass noch vor der Bundestagswahl im nächsten Jahr weitere Stützungsmaßnahmen für ein aufstrebendes Wirtschaftswachstum erforderlich sein und zu spontanen politischen Aktivitäten führen werden. Stützungsmaßnahmen, welche die innere Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und deren sichere und ausbaufähige Markteinbettung als eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine sichere Zukunftsgestaltung beinhalten.

Schon vor der Corona-Pandemie schwächelte unsere Exportwirtschaft.

Nun müssen wir uns aber erinnern, dass schon vor der Pandemie unser Wirtschaftswachstum sich abschwächte und ein „Nullwachstum“ oder sogar eine leichte Rezession uns drohte. Die Exporterfolge verminderten sich seit Jahren stetig, wenn wir auch im Jahr 2018/2019 hinter China und den USA noch an dritter Stelle der Rangliste führender Handelsmächte lagen. Unsere bislang herausragenden Wirtschaftsunternehmen der Automobilbranche und des Maschinenbaues waren nicht mehr so dominierend im Export, da sie ihre Strategie zu sehr auf ihre bisherige weltführende Technologie fokussierten und entsprechende Weiterentwicklungen neuer klimafreundlichere Techniken vernachlässigten. Dieses kann man mit Recht den Führungskräften vorwerfen, aber bitte nicht den in den Betrieben Beschäftigten! Die Absicherung der Beschäftigten in diesen Betrieben muss oberstes Ziel sein für eine sozial ausgerichtete Förderpolitik, denn die können ja nicht in Haftung genommen werden, wegen Fehleinschätzungen ihrer Betriebsführung.

Die Technologie des Verbrennerantriebs wird unsere Mobilität noch längerfristig benötigen.

Außerdem muss erkannt werden, dass die Technologie des Verbrennerantriebs unsere Mobilität noch die nächsten Jahrzehnte begleiten wird. In Deutschland gibt es 65,8 Millionen Kraftfahrzeuge, davon 47,7 Millionen Pkw. Die durchschnittliche Nutzungsdauer der Fahrzeuge beträgt etwa 9,8

Jahre, das bedeutet, allein bis zum Jahre 2030 sind 65,8 Millionen Kraftfahrzeuge, davon 47,7 Millionen Pkw neu herzustellen, wenn wir die heutige Mobilität aufrechterhalten wollen. Wenn nach Vorstellungen der Bundesregierung bis 2030 jedoch nur etwa 7 bis 10 Millionen Elektrofahrzeuge zugelassen werden, werden noch etwa 56 Millionen Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren in den 30er Jahren unsere Straßen frequentieren. Ja, selbst wenn die Anzahl der zugelassenen Elektrofahrzeuge bis zum Jahre 2030 gegenüber der Annahme der Bundesregierung sich verdoppeln würden, sind es noch über 45 Millionen, das heißt, der Verbrennermotor bestimmt auch nach 2030 immer noch den Straßenverkehr. Die Vorstellungen einiger Klimaaktivisten, den Verbrennungsmotor ab 2026 zu verbieten ist Utopisch, die Industrie müsste dann pro Jahr mindestens 11 Millionen Fahrzeuge mit E-Motoren allein in Deutschland auf den Markt werfen und auch verkaufen können. Darum, es ist im Sinne unserer zukünftigen Mobilität, die heutige Automobilindustrie mit ihrer vorrangigen Produktion von Verbrennungsmotoren noch weiter zu fördern und zu stützen, nicht nur um den dortigen und in den Zulieferfirmen Beschäftigten, etwa 2 Millionen, ihren Arbeitsplatz zu sichern, sondern auch um die notwendige Mobilität in unserem Land zu gewährleisten. Denn der ÖPNV wird die möglich sonst entstehende Marktlücke, selbst bei optimaler Förderung, bei Weitem nicht ausgleichen können. Die Einführung einer ausschließlichen E-Mobilität wird nicht nur neues Denken und viel Geld, sondern eben auch viel Zeit benötigen!

Es liegt in unserem Interesse, wenn wir die Wirtschaft in den EU-Staaten fördern.

Wie oben schon erwähnt, braucht unser Land eine starke Exportwirtschaft, wenn es die Folgen der wirtschaftlichen Rezession durch die Corona-Krise überwinden will. Eine starke Exportwirtschaft ist jedoch nur möglich, wenn die Länder des Auslandes sich von ihren Corona-Folgen und wirtschaftlichen Einbrüchen der Corona-Krise möglichst bald wieder erholt haben, wenn die dortigen Firmen und auch die Bürger wieder über genügende Einkünfte verfügen, um den internationalen Markt zu beleben. Deswegen ist es auch im Sinne der deutschen Wirtschaft, wenn auf europäischer Ebene versucht wird, durch Unterstützung in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euros, die Folgen der Pandemie in den besonders hart betroffenen Ländern der EU abzumildern und die Wirtschaft dort wieder zu stärken. Damit haben für uns, so wie es Lothar Binding es ausdrückte: „ die Hilfsprogramme der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank und des europäischen Stabilitätsmechanismus große Bedeutung“. Nicht nur für die betroffenen Länder, sondern auch für die wirtschaftliche Weiterentwicklung in Deutschland. Deutschlands finanzieller Anteil fördert nicht nur ein Wachstum in Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien oder auch Polen, sondern indirekt auch das im eigenen Lande.

Zukunftsentwicklung der Energieversorgung.

Ob wir, wie Lothar Binding meint, durch die Folgen der Pandemie einen Ausbau einer CO₂-freien Energieversorgung und den Ausbau einer zukunftsfähigen Infrastruktur verstärkt vorantreiben können, darüber lässt sich heiß diskutieren, besonders über das wann und das wie. Die jetzigen Maßnahmen und Aktivitäten nach der Corona-Pandemie haben erst mal andere Prioritäten gesetzt, mit Ausnahme der besonderen finanziellen Förderung der Wasserstoffproduktivität, welche zu einer hervorzuhebende Aktivität in der CO₂-freien Energiegewinnung führen könnte, insbesondere wenn mit ihr die notwendige Speicherung von Strom aus Wind- und Sonnenenergie möglich wird. Aber auch die Kernfusion könnte ein weiterer Baustein zukünftiger Energiegewinnung sein. Deutschland war einmal führend in dieser Technologie!

Windparks und Solaranlagen sind zurzeit eine der wichtigsten Quellen der erneuerbarer Energien

unserer Zeit. Doch es fehlt ihnen an Konstanz. Wenn die Sonne untergeht, fahren Solaranlagen herunter. Und wenn der Wind ausbleibt, stoppen die Windräder. Wenn der Wind zu stark weht und die Sonne sehr kräftig vom blauen Himmel scheint, wird womöglich Strom erzeugt, der augenblicklich nicht gebraucht wird, und der bislang kaum gespeichert werden kann. Gibt es eventuell noch andere, konstantere Energiequellen, die uns auch in der Dunkelheit der Nacht und bei Windflaute mit Strom versorgen könnten? Können andere natürlich vorkommende Energiequellen in späteren Zeiten auf Grund zukünftiger wissenschaftlicher Entwicklungen, eventuell die jetzigen Modelle der erneuerbaren Elektrizitätsgewinnung auf den Kopf stellen?

Ist Neutrino-Energieversorgung und -Mobilität das Modell der Zukunft?

Der Visionär Holger Thorsten Schubart will zusammen mit Ex-Verkehrsminister Günther Krause die Energieversorgung und Mobilität in Zukunft mit Neutrino-Energie auf den Kopf stellen. Die in Berlin beheimatete Neutrino-Energy-Group möchte die Energieprobleme der Menschheit lösen. Seit 2008 beschäftigen sich Forscher in Deutschland und der Schweiz konkret mit der Frage, wie sich aus der Weltraumstrahlung der Neutrinos und ihrer inhaltlichen Energie elektrische Energie erzeugen lässt. Erfolgreiche Ergebnisse konnten erstmals 2012/2013 durchgeführt werden, und 2015 wurden wichtige Grundlagenergebnisse der Neutrinoforschung außerhalb Deutschlands mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet. Also ist Neutrino Energie, ein möglichst ernst zu nehmender neuer Weg der Energieerzeugung? „Mich faszinierte die Neutrino-Energie von Kindheit an, als unser Vater, ein Kernphysiker, davon erzählte. Heute können wir bereits kleine Strommengen daraus gewinnen. Das Ziel ist die industrielle Nutzbarkeit in wenigen Jahren.“ so Holger Thorsten Schubart auf der Webseite seines Unternehmens.

Energie aus der Infrarotabstrahlung der Erde?

Doch es gibt auch noch andere wissenschaftliche Überlegungen für die zukünftige Energieerzeugung.

Unsere Erde strahlt ständig Wärme in den Weltraum ab – große Mengen bisher ungenutzter Energie. Ließe sich diese Energiequelle anzapfen? Laut www.ingenieur.de vom 6. März 2014, haben Physiker der Harvard University diese neue und ungewöhnliche Energiequelle untersucht: die enorme und bislang nicht verwertete Infrarotstrahlung, die die Erde emittiert. Die britischen Forscher haben dabei gleich zwei Methoden konzipiert, mit denen dies gelingen könnte. Eine Gewinnung von Strom aus der Wärmeabstrahlung unseres Planeten ist daher ihrer Meinung nach keine bloße Utopie, wie sie in der Fachzeitschrift “ Proceedings of the National Academy of Sciences“ berichteten.

Um dem Klimawandel zu begegnen, sind nicht die Gedanken und Ideen von heute die Grundlagen nötiger Veränderungen, sondern neue Forschungen werden uns den Weg weisen in eine weiterhin lebenswerte Existenz auf diesen Planeten, auch in der Zukunft. Das heißt, bauen wir auf die Zukunft und nicht auf Kenntnisse der Vergangenheit! Darum investieren wir für die Zukunft in mehr Forschung und Entwicklung neuer Ideen!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 20. Juni 2020

Heinrich Keuper